

ANALYSE ET COMMENTAIRE DE TEXTES OU DOCUMENTS EN ALLEMAND

Durée: 6 heures

Analysez et commentez, **en allemand**, les six documents suivants:

DOCUMENT 1

Leben in Deutschland: Datenreport 2013

Wir leben in einem reichen Land. Seit der deutschen Wiedervereinigung waren noch nie so viele Menschen in Deutschland erwerbstätig wie heute. Aber, wir leben in einem reichen Land, in dem die Armutsquote steigt. Klar ist, wer in Deutschland von Armut betroffen ist, kämpft nicht ums Überleben. Er befindet sich – nach dem Konzept der „relativen Armut“ – in einer Situation wirtschaftlichen Mangels, die verhindert, ein „angemessenes“ Leben zu führen. Dabei geht es nicht rein um das physische Überleben, sondern die Möglichkeit der Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Als politischer Bildner stellt sich mir da die Frage: Wie steht es um die Teilhabe armer Menschen am gesellschaftlichen Leben?

Der vorliegende Datenreport 2013, den die Bundeszentrale für politische Bildung gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt, dem Wissenschaftszentrum Berlin und dem Sozio-oekonomischen Panel des DIW herausgibt, liefert nun bereits zum 14. Mal konkrete Zahlen über den Zustand der Republik. Diese Daten liefern meinem Haus – der Bundeszentrale für politischen Bildung – die handfeste Grundlage für unsere Arbeit: Denn wenn uns die Statistiken vermuten lassen, dass Armut einhergeht mit einer allgemeinen verminderten gesellschaftlichen Teilhabe und einer geringeren Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an politischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, müssen wir handeln. Zugespitzt bedeutet das: Die Menschen, die es in sozialer und ökonomischer Hinsicht sowieso schon schwer haben, haben es doppelt schwer, ihrer Stimme in der Gesellschaft Ausdruck zu verleihen. Und genau das ist die Aufgabe der politischen Bildung, diese Menschen abzuholen und ihnen Beteiligung zu ermöglichen.

Natürlich ist äußerste Vorsicht geboten, bei der Interpretation von Statistiken. Wie sich Armut auf Demokratie und politische Partizipation auswirkt, wissen wir nicht konkret – dafür sind die Zusammenhänge zu komplex und die Hintergründe von Armut zu vielschichtig. Aber Zahlen können uns Orientierung geben, um ein Bild von der Situation „von Armut betroffener Menschen“ zu erhalten. (...)

Sicher lässt sich zwischen dem Bruttoinlandsprodukt eines Bundeslandes und der Wahlbeteiligung keine Kausalität herstellen – aber gestatten Sie mir ein Gedankenexperiment: Es zeigt sich beispielsweise, dass die Wahlbeteiligung bei der Bundestagswahl 2013 in Baden-Württemberg mit 74,3% am höchsten und in Sachsen-Anhalt mit 62,1% am niedrigsten war. 2009 war die Beteiligung am größten in Hessen (73,8%), aber ebenfalls am niedrigsten in Sachsen-Anhalt (60,5%). Ökonomischer Rückstand – also die Armut – einer Region drückt sich in einem niedrigen Bruttoinlandsprodukt aus. Dies lag 2009 in Sachsen-Anhalt weit hinter dem von Baden-Württemberg. Sehr vereinfacht gesagt bedeuten diese Zahlen, dass vor allem in Bundesländern mit überproportional vielen Armen die Wahlbeteiligung niedriger ist.

Ein Phänomen, das wir seit einigen Jahren beobachten, ist, dass die Distanz zwischen der Bevölkerung und den politischen Eliten wächst. Und es ist zu vermuten, dass arme Menschen, wenig davon überzeugt sind, dass Politik – von der sie glauben, sie nicht zu verstehen – ihre Lage verändern kann. Sie fühlen sich nicht repräsentiert und sehen keinen Sinn darin, sich in diesem System zu engagieren. Strukturschwache, arme Regionen stellen die Gesamtgesellschaft vor eine große Herausforderung, weil sie ein politisches Vakuum für radikales Gedankengut bilden.

Es ist aber nicht nur der fehlende Glaube an die Macht der politischen Gestaltungsmöglichkeiten, der politische Partizipation verhindert. Ein weiterer Faktor, der eine große Rolle spielt, ist die Zeit. Denn wer

viel arbeiten muss, um seinen Lebensunterhalt zu verdienen, hat wenig Zeit, sich um die Gestaltung seines Umfeldes zu kümmern oder überhaupt Missstände wahrzunehmen: Die Anzahl von Menschen mit mehreren Jobs, zusätzlicher Arbeit abends oder am Wochenende nimmt zu.

Wir leben in einer Leistungsgesellschaft, in der vor allem materielle Werte zählen. Wer also beruflich scheitert, scheitert vermeintlich auch persönlich. Die Konsequenz ist der gesellschaftliche Rückzug, da das soziale Ansehen sinkt. Die Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wird diesen Menschen durch Ausgrenzung und Scham erschwert.

2011 gab ein Haushalt mit einem monatlichen Nettoeinkommen von unter 1300 Euro im Durchschnitt rund 80 Euro für den Freizeitbereich aus. Damit hat wachsende Armut auch Auswirkungen auf die Spendenmöglichkeiten und das Überleben von Organisationen, die wiederum gesellschaftliches Engagement bündeln. Denn wer wenig verdient, hat wenig, um es über die Grundbedürfnisse hinaus auszugeben.

In allerletzter Konsequenz bedeutet Armut den vollkommenen Entzug demokratischer Rechte. Denn, wer keinen festen Wohnsitz hat, darf nicht wählen und fällt komplett heraus aus dem demokratischen Gefüge.

Was bedeutet das nun für unsere Arbeit? Es ist keine neue Erkenntnis, dass unsere Gesellschaft immer stärker von Individualisierung geprägt ist. Dass politische Prozesse in einer globalisierten Welt komplexer werden und immer schwieriger zu durchschauen sind. Aber, wir dürfen nicht müde werden, immer wieder neue kreative Ansätze zu entwickeln, um den Menschen die Welt, in der sie leben, zu erklären und um sie zur Mitgestaltung zu motivieren. Diese Mitgestaltungsmöglichkeit muss unabhängig vom Einkommen, von zeitlichen Ressourcen oder vom Bildungsniveau sein.

Thomas Krüger [Präsident der Bundeszentrale für politische Bildung], *Statement anlässlich der Präsentation des Datenreports 2013 am 26. November 2013 in Berlin*, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (<http://www.wzb.eu/de/pressemitteilung/mehr-jobs-aber-auch-mehr-armut>)

DOCUMENT 2

Werden die Armen immer ärmer und die Reichen immer reicher?

Einen großen Aufschrei gab es, als die Bundesregierung im Frühjahr 2005 ihren 2. Armuts- und Reichtumsbericht vorstellte. Der Paritätische Wohlfahrtsverband sah in dem Bericht ein „erschreckendes Dokument sozialer Zerrissenheit“, das rasche Konsequenzen erforderlich mache. Eine Reaktion, die angesichts der steigenden Abstiegsängste der Bevölkerung und der kurz zuvor erfolgten Umsetzung von Hartz IV den Nerv der Bevölkerung traf. Was aber war passiert? Der Anteil der Bevölkerung, der unter relativer Einkommensarmut leidet – also weniger als 60 Prozent des Einkommensmedians zur Verfügung hat –, war zwischen 1998 und 2003 von 12,1 auf 13,5 Prozent gestiegen, während andererseits die vermögendsten 10 Prozent der Bevölkerung nunmehr knapp 47 Prozent des Gesamtvermögens besaßen, nachdem es fünf Jahre zuvor erst gut 44 Prozent waren. Sind dies schon keine erdrutschartigen Veränderungen, so kann erst recht nicht behauptet werden, dass die Armen immer ärmer geworden seien. Denn die zu Grunde gelegte Armutsschwelle und damit auch das Einkommensniveau haben sich preisbereinigt erhöht. Trotz einer leichten Zunahme der Einkommensungleichheit haben hiervon auch die unteren Einkommensschichten profitiert. So hat der „typische“ Arme (damit ist die Person gemeint, die im Einkommensranking der Armen genau in der Mitte steht) heute real 6 Prozent mehr zur Verfügung als fünf Jahre zuvor. (...)

Es stellt sich jedoch die Frage, was die Zahlen zur relativen Einkommensarmut tatsächlich über das Phänomen Armut aussagen. Wer sich dem Thema Armut ernsthaft widmen will, muss sich daher zunächst intensiv mit der Definition von Armut beschäftigen. Hilfreich ist hier eine Rückbesinnung auf die bereits 1985 verfasste Armutsdefinition der Europäischen Gemeinschaft. Danach „sind verarmte Personen Einzelpersonen, Familien und Personengruppen, die über so geringe (materielle, kulturelle und soziale) Mittel verfügen, dass sie von der Lebensweise ausgeschlossen sind, die in dem Mitgliedstaat, in dem sie leben, als Minimum hinnehmbar ist.“ Armut hat also zwei Seiten – nur wem es gleichzeitig an Ressourcen fehlt und wer sich deshalb nur einen unzureichenden Lebensstandard erlauben kann, gilt als wirklich arm. Untersuchungen von zahlreichen Armutsforschern haben gezeigt, dass aus dem einen nicht notwendigerweise das andere folgt und daher solche Indikatoren Armut am besten erfassen, die nicht nur

die zur Verfügung stehenden finanziellen Mittel betrachten, sondern auch Merkmale einschließen, mit denen ein unzureichender Lebensstandard direkt erfasst werden kann. In der öffentlichen Diskussion wird Armut dagegen viel zu häufig mit relativer Einkommensarmut gleichgesetzt. Als arm gilt nach dieser verkürzenden Lesart, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens (Median) zur Verfügung hat.

- 30 Ein relativ betrachtet niedriges Einkommen hat deshalb nicht zwangsläufig unzumutbare Einschränkungen im Lebensstandard zur Folge, weil etwa eine Einkommensmisere eventuell nur vorübergehend ist oder durch ein stattliches Vermögen überbrückt werden kann. Freunde und Verwandte leisten möglicherweise tatkräftige oder finanzielle Hilfe. Zudem ist es denkbar, dass ein Haushalt besonders geschickt mit dem Geld umgeht, indem er etwa Sonderangebote nutzt oder (leicht) gebrauchte Waren ersteigert. Umgekehrt kann sich aber auch bei passablem Einkommen ein unzureichender Lebensstandard einstellen. Hierbei kommt es nicht zuletzt auf die Konsumpräferenzen an. Denn wer einen Großteil seines Geldes für Dinge ausgibt, die für die Allgemeinheit mit einem gehobenen Lebensstandard assoziiert werden – etwa ein teures Hobby – dem kann schnell das Geld für Dinge knapp werden, die von der Gesellschaft als unverzichtbar betrachtet werden. Die Kombination der direkten Erfassung von Indikatoren des Lebensstandards mit einer einkommensbezogenen Größe ist daher am besten geeignet, Armut zu erfassen.

Michael Hüther [Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln], *Armut in der Wohlstandsgesellschaft* (Thesenpapier), Pressekonferenz, Berlin, 6. März 2006, (<http://www.iwkoeln.de/de/wissenschaft/veranstaltungen/beitrag/69646?highlight=Armut%2520in%2520der%2520Wohlstandsgesellschaft>)

DOCUMENT 3

Begründung des Gesetzentwurfs über die Unfallversicherung

- (...) Bei der Berathung* des Gesetzes vom 21. Oktober 1878, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, ist die Nothwendigkeit anerkannt worden, die bedenklichen Erscheinungen, welche den Erlaß dieses Gesetzes nothwendig gemacht haben, auch durch positive, auf die Verbesserung der Lage der Arbeiter abzielende Maßnahmen zu bekämpfen. Wenn auch die Hoffnung berechtigt ist, dass die allgemeine Besserung, welche von der neuerdings befolgten nationalen Wirtschaftspolitik für die Entwicklung des heimischen Gewerbleißes erwartet werden darf, auch den Arbeitern durch eine allmähliche Erhöhung des Arbeitsverdienstes und durch Verminderung der Schwankungen desselben zu gute kommen wird, so ist doch nicht zu verkennen, dass in der Unsicherheit des lediglich auf der Verwerthung der persönlichen Arbeitskraft beruhenden Erwerbes, welche auch bei normaler Entwicklung der heimischen Gewerbsthätigkeit niemals ganz beseitigt werden kann, Mißstände begründet sind, welche zwar auch durch gesetzgeberische Maßnahmen nicht völlig aufzuheben sind, deren allmähliche Milderung aber auf dem Wege besonderer, die eigenthümlichen Verhältnisse der Arbeiter berücksichtigender Gesetzgebung ernstlich in Angriff genommen werden muß.

- 15 Daß der Staat sich in höherem Maße als bisher seiner hülfsbedürftigen** Mitglieder annehme, ist nicht bloß eine Pflicht der Humanität und des Christenthums, von welchem die staatlichen Einrichtungen durchdrungen sein sollen, sondern auch eine Aufgabe staaterhaltender Politik, welche das Ziel zu verfolgen hat, auch in den besitzlosen Klassen der Bevölkerung, welche zugleich die zahlreichsten und am wenigsten unterrichteten sind, die Anschauung zu pflegen, daß der Staat nicht bloß eine nothwendige, sondern auch eine wohlthätige Einrichtung sei. Zu dem Ende müssen sie durch erkennbare direkte Vortheile, welche ihnen durch gesetzgeberische Maßregeln zu Theil werden, dahin geführt werden, den Staat nicht als eine lediglich zum Schutz der besser situirten Klassen der Gesellschaft erfundene, sondern als eine auch ihren Bedürfnissen und Interessen dienende Institution aufzufassen. (...)

- 25 Auch die Besorgnis, dass die Gesetzgebung auf diesem Gebiete namhafte Erfolge nicht erreichen werde, ohne die Mittel des Reichs und der Einzelstaaten in erheblichem Maße in Anspruch zu nehmen, darf von der Betretung des Weges nicht abhalten, denn der Werth von Maßnahmen, bei welchen es sich um die Zukunft des gesellschaftlichen und staatlichen Bestandes handelt, darf nicht an den Geldopfern, welche sie vielleicht erfordern, gemessen werden.(...)

- 30 Dieser erste Schritt aber darf nach der Ueberzeugung der verbündeten Regierungen nicht länger hinausgeschoben werden und sie erachten es für Pflicht, ihrerseits durch Einbringung dieser Vorlage der Erfüllung der Zusagen und Wünsche näher zu treten, welche bei den Verhandlungen über das Gesetz, betreffend die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie, von mehr als seiner Seite ausgesprochen sind. (...)

Reichstag, Aktenstück Nr. 41: *Unfallversicherung der Arbeiter*, Anlage 2: *Begründung*, Reichstagsprotokolle, 4. Legislatur-Periode, 1881, Bd. 3, S. 228
(http://www.reichstagsprotokolle.de/Blatt3_k4_bsb00018434_00199.html)

*Berathung: Beratung

**hülfbedürftigen: hilfsbedürftigen

DOCUMENT 4

Bundeslied für den Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein

- | | |
|---|---|
| Bet und arbeit! ruft die Welt,
Bete kurz! denn Zeit ist Geld.
An die Türe pocht die Not -
Bete kurz! denn Zeit ist Brot. | 25 Was ihr hebt ans Sonnenlicht,
Schätze sind es für den Wicht;
Was ihr webt, es ist der Fluch
Für euch selbst - ins bunte Tuch. |
| 5 Und du ackerst, und du säst,
Und du nietest, und du nähst,
Und du, hämmerst und du spinnst -
Sag, o Volk, was du gewinnst! | Was ihr baut, kein schützend Dach
30 Hat's für euch und kein Gemach;
Was ihr kleidet und beschuht,
Tritt auf euch voll Übermut. |
| 10 Wirkst am Webstuhl Tag und Nacht,
Schürfst im Erz- und Kohlenschacht,
Füllst des Überflusses Horn,
Füllst es hoch mit Wein und Korn - | Menschenbienen, die Natur,
Gab sie euch den Honig nur?
35 Seht die Drohnen* um euch her!
Habt ihr keinen Stachel mehr? |
| Doch wo ist <i>dein</i> Mahl bereit?
Doch wo ist <i>dein</i> Feierkleid?
15 Doch wo ist <i>dein</i> warmer Herd?
Doch wo ist <i>dein</i> scharfes Schwert? | Mann der Arbeit, aufgewacht!
Und erkenne deine Macht!
Alle Räder stehen still,
40 Wenn dein starker Arm es will. |
| Alles ist dein Werk! O sprich,
Alles, aber nichts für dich!
Und von allem nur allein,
20 Die du schmiedst, die Kette, dein? | Deiner Dränger Schar erblaßt,
Wenn du, müde deiner Last,
In die Ecke lehnst den Pflug,
Wenn du rufst: Es ist genug! |
| Kette, die den Leib umstrickt,
Die dem Geist die Flügel knickt,
Die am Fuß des Kindes schon
Klirrt - o Volk, das ist dein Lohn. | 45 Brecht das Doppeljoch entzwei!
Brecht die Not der Sklaverei!
Brecht die Sklaverei der Not!
Brot ist Freiheit, Freiheit Brot! |

Georg Herwegh, *Bet' und arbeit'* (1863)

(Karl Otto Conrady, *Das große deutsche Gedichtbuch*, Kronberg/Ts., Athenäum 1977, S. 509-510)

*die Drohne: Männliche Biene, die sich von den Arbeitsbienen füttern lässt ; (im übertragenen Sinn)
fauler Nutznießer fremder Arbeit

DOCUMENT 5

Kontinuitäten und Brüche in der Armutspolitik

Seit Januar 2005 besteht in Deutschland ein einheitliches Grundsicherungssystem für erwerbsfähige Hilfebedürftige – ein Kernstück der Arbeitsmarkt- und Sozialreformen der damaligen rot-grünen Bundesregierung. Vorbereitet von der mit Wissenschaftlern, Politikern und Managern prominent besetzten und von dem mittlerweile in öffentliche Ungnade gefallenen ehemaligen VW-Manager Peter Hartz geleiteten gleichnamigen Kommission, wurde das neue Sozialgesetzbuch (SGB) II nach teils erbitterten öffentlichen Debatten eingeführt. Dies bedeutete nicht nur die administrative Zusammenlegung und Vereinheitlichung der beiden vormals getrennten Unterstützungssysteme der Arbeitslosen- und der Sozialhilfe, sondern, zumindest in der politischen Rhetorik und im Gesetzestext, auch eine stark veränderte Ausrichtung der dahinterstehenden Ziele und Motive.

Bis dahin stand in der Praxis der deutschen Sozialhilfe vor allem die Versorgung der Betroffenen zur Kompensation materieller Notlagen im Sinne einer Armutsabwehr im Vordergrund. Nunmehr geht es, wie in den Workfare- und Activation-Konzepten anderer Wohlfahrtsstaaten, vorrangig darum, die Armutslage durch die Vermittlung einer die Existenz sichernden Erwerbsarbeit möglichst rasch zu beenden. Dies soll durch verschiedene Maßnahmen der Aktivierung erreicht werden. (...)

Um es zuzuspitzen: Die volle Unterstützung des SGB II wird vor allem denjenigen zuerkannt, die für willens und in der Lage erachtet werden, sich in marktwirtschaftliche Verwertungszusammenhänge oder – bei deren Fehlen – in kompensatorische Einrichtungen einzufügen. Sie sind somit auch Objekt in einem organisierten Kontext. Die Zwangsmaßnahmen des alten Fürsorgerechts (Arbeitszwang, Zwangseinweisung von „Auffälligen“ oder „Arbeitsscheuen“) sind in diesem Modell zwar glücklicherweise vom Tisch. Gleichzeitig wird jedoch von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen im SGB II erwartet, dass sie über ein hohes Maß an Selbstkontrolle und Selbststeuerung (Zeitstrukturen im Alltag, Selbstpräsentationsfähigkeit und Kommunikationskompetenz bei Behörden und Arbeitgebern), Flexibilität (Zumutbarkeitskriterien bei Jobangeboten), rationaler Lebensführung (zum Beispiel Umgang mit pauschalierten geldförmigen Hilfeleistungen) und Konformität verfügen. Kurz: Das Menschenbild des SGB II ist der marktgerechte Arbeitsbürger. Wo Hilfebedürftige diesem Bild zumindest dem Anschein nach nicht entsprechen, setzen im günstigen Fall professionelle sozialarbeiterische Betreuung und Fallmanagement ein, im schlechten Fall drohen jedoch Sanktionen verschiedener Art – von der ungünstigen Auslegung der Vorschriften bis zu Kürzungen der Unterstützungsleistungen.

Bei vielen, allem Anschein nach den meisten erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, kann eine weitgehende Entsprechung zu diesem Subjektbild vorausgesetzt werden. Doch das neue Paradigma vom aktivierbaren, weil rationalen und normalen marktgerechten Arbeitsbürger stößt erkennbar an Grenzen. Dies zeigt sich nicht nur bei Hilfeempfängern mit Krankheit und Suchtproblemen, sondern bereits bei der Frage, ob jemand, der gesundheitlich bedingt gerade mal drei Stunden täglich arbeiten kann, auch tatsächlich eine Existenz sichernde Arbeit finden wird. Gleiches gilt bei physischen oder habituellen Abweichungen, abweichenden Handlungs- und Erwerbskompetenzen und schlechten – möglicherweise auch nur im wirtschaftlichen Wandel obsolet gewordenen – Bildungsvoraussetzungen.

Normalitätsvorstellungen sind durchaus „normal“ für menschliche Gesellschaften und ihre Institutionen, und für marktwirtschaftliche Arbeitsgesellschaften ist dies wohl der marktgerechte Arbeitsbürger. Doch ebenso gehört es zum Grundbestand moderner, an den Menschenrechten orientierter Sozialstaatlichkeit, dass nicht alle hilfebedürftigen Gesellschaftsmitglieder diesem Bild entsprechen und trotzdem in den Schutz des Sozialstaatsgebots fallen müssen. Dieser Tatsache muss sich auch die deutsche Aktivierungspolitik mit ihren veränderten normativen Anforderungen an die Hilfebedürftigen stellen, wenn sie sich nicht einen stillschweigenden Fortbestand armenpolizeilicher Traditionen, einen Rückfall in den „punitiven Paternalismus“, wie Lessenich und Offe schreiben, oder, so Dahrendorf, die Rückgewinnung von sozialer Kontrolle durch Arbeit vorwerfen lassen will.

Markus Promberger, « Fünf Jahre SGB II: Kontinuitäten und Brüche in der Armutspolitik », *IAB-Forum* [Magazin des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung] Nr.1/2010, S. 86-93.

DOCUMENT 6

Entwicklung des realen Brutto- und Nettoerwerbseinkommens 2000-2010

Durchschnittliches reales Brutto- und Nettoerwerbseinkommen im Monat je Dezil in Euro – 2000 bis 2010
In Euro

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	Relative Veränderungen 2000-2010 in Prozent	Absolute Veränderungen 2000-2010 in Euro
Bruttoerwerbseinkommen													
Alle abhängig Beschäftigten													
1. Dezil	320	300	292	292	296	289	279	283	272	274	259	-19,1	-61
2. Dezil	798	744	686	704	664	636	656	620	624	608	614	-23,1	-184
3. Dezil	1 290	1 236	1 183	1 201	1 160	1 120	1 120	1 094	1 082	1 060	1 048	-18,8	-242
4. Dezil	1 658	1 621	1 566	1 600	1 555	1 520	1 495	1 465	1 462	1 498	1 440	-13,1	-218
5. Dezil	1 958	1 939	1 938	1 951	1 910	1 902	1 863	1 826	1 809	1 851	1 798	-8,2	-160
6. Dezil	2 253	2 210	2 233	2 272	2 225	2 245	2 178	2 160	2 140	2 189	2 162	-4,0	-91
7. Dezil	2 554	2 510	2 521	2 595	2 567	2 573	2 494	2 478	2 453	2 499	2 485	-2,7	-69
8. Dezil	2 865	2 854	2 918	2 975	2 967	2 967	2 930	2 865	2 844	2 846	2 845	-0,7	-20
9. Dezil	3 434	3 425	3 467	3 555	3 529	3 543	3 539	3 438	3 368	3 410	3 440	0,2	6
10. Dezil	5 368	5 149	5 455	5 540	5 605	5 340	5 399	5 370	5 262	5 348	5 481	2,1	113
Mittelwert	2 229	2 189	2 212	2 263	2 242	2 201	2 180	2 140	2 119	2 142	2 136	-4,2	-93
Median	2 096	2 056	2 086	2 100	2 041	2 087	2 018	2 009	1 970	1 963	1 941	-7,4	-155
Nur Vollzeitbeschäftigte													
1. Dezil	1 140	1 100	1 138	1 111	1 128	1 071	1 092	1 052	1 070	1 012	1 038	-8,9	-102
2. Dezil	1 639	1 612	1 637	1 646	1 622	1 641	1 579	1 574	1 563	1 539	1 524	-7,0	-115
3. Dezil	1 903	1 896	1 904	1 956	1 926	1 952	1 881	1 879	1 852	1 853	1 831	-3,8	-72
4. Dezil	2 129	2 133	2 135	2 206	2 169	2 195	2 156	2 115	2 099	2 132	2 107	-1,0	-22
5. Dezil	2 336	2 356	2 388	2 482	2 434	2 437	2 395	2 353	2 335	2 363	2 339	0,1	3
6. Dezil	2 575	2 609	2 629	2 701	2 717	2 682	2 647	2 587	2 582	2 602	2 590	0,6	15
7. Dezil	2 824	2 867	2 887	2 971	2 993	2 965	2 934	2 913	2 858	2 878	2 890	2,3	66
8. Dezil	3 186	3 209	3 234	3 387	3 335	3 338	3 323	3 296	3 214	3 242	3 288	3,2	102
9. Dezil	3 778	3 777	3 824	3 965	3 942	3 903	3 988	3 893	3 796	3 887	3 906	3,4	128
10. Dezil	5 778	5 587	6 086	6 219	6 112	5 884	5 927	5 901	5 842	5 878	6 075	5,1	297
Mittelwert	2 714	2 700	2 764	2 832	2 821	2 791	2 758	2 730	2 702	2 730	2 747	1,2	33,1
Median	2 471	2 435	2 503	2 580	2 538	2 500	2 461	2 406	2 439	2 430	2 421	-2,1	-50,9
Nettoerwerbseinkommen aller abhängig Beschäftigten													
1. Dezil	270	267	266	258	247	233	230	229	231	228	217	-19,6	-53
2. Dezil	520	509	468	490	454	445	448	435	447	442	440	-15,4	-80
3. Dezil	835	810	754	781	737	729	742	723	714	713	714	-14,5	-121
4. Dezil	1 073	1 053	1 049	1 045	1 024	1 009	1 006	985	971	973	972	-9,4	-101
5. Dezil	1 258	1 270	1 243	1 265	1 242	1 229	1 210	1 177	1 175	1 205	1 200	-4,6	-58
6. Dezil	1 421	1 453	1 427	1 479	1 453	1 432	1 408	1 379	1 369	1 427	1 412	-0,6	-9
7. Dezil	1 601	1 617	1 614	1 648	1 647	1 634	1 612	1 580	1 585	1 615	1 612	0,7	11
8. Dezil	1 841	1 825	1 842	1 846	1 902	1 877	1 852	1 814	1 813	1 819	1 833	-0,4	-8
9. Dezil	2 219	2 194	2 221	2 219	2 304	2 251	2 229	2 176	2 153	2 165	2 207	-0,5	-12
10. Dezil	3 419	3 286	3 378	3 379	3 573	3 418	3 413	3 368	3 329	3 392	3 512	2,7	93
Mittelwert	1 429	1 417	1 417	1 426	1 422	1 415	1 410	1 382	1 364	1 382	1 403	-1,8	-26
Median	1 324	1 352	1 335	1 342	1 320	1 300	1 289	1 251	1 266	1 308	1 294	-2,2	-30
Beschäftigte in Millionen													
Insgesamt	33,2	33,4	33,2	33,2	32,8	33,4	32,9	34,1	35,1	35,1	35,3	6,4	5,8
Veränderung gegenüber 2000	-	-	-	-	-	0,2	-	-	-	-	2,1	-	-

Quellen: SOEP v27. Abhängig Beschäftigte in Privathaushalten. Angaben in Preisen von 2005

Karl Brenke und Markus M. Grabka [Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung], « Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt », *DIW-Wochenbericht* Nr. 45/2011, S. 3-15, Grafik S. 12.